



Geschäftsführung EINGEGANGEN	T
16. Sep. 2019	K



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Z II 1, Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

Geschäftsführung der
BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH
Frohnhauser Straße 67
45127 Essen

www.bmu.de

nachrichtlich:
Geschäftsführung der
Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)
Eschenstraße 55
31224 Peine

Zuständigkeit Behälterentwicklung

Berlin, 13. September 2019

Sehr geehrte Herren,

bezugnehmend auf unser Beteiligungsgespräch am 5. September 2019 und in Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen der Abteilung S im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit teile ich Ihnen mit, dass die auftragsgemäße Zuständigkeit für die Behälterentwicklung für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle ausschließlich und vollumfänglich bei der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) liegt. Grund dafür ist die notwendige, enge Verknüpfung der Behälteranforderungen mit den von der BGE im Standortauswahlverfahren zu entwickelnden Sicherheitskonzepten.

Unabhängig davon sind die jeweiligen Inhaber der radioaktiven Abfälle wegen der dort vorhandenen Kenntnisse über die Abfälle frühzeitig in den Entwicklungsprozess einzubinden.





Seite 2

Die Entsorgungskommission (ESK) hat sich im Rahmen der Klausurtagung am 16. und 17. Mai 2019 ebenfalls klar für dieses Vorgehen ausgesprochen.

Die Geschäftsführung der BGE erhält nachrichtlich eine Kopie dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

